

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 12.09.2024

Zu TOP: 9.10

Extremismusklausel Kreisverband der Gartenfreunde

Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei

Vorlage: AN 0098/2024

Herr Suhr begründet den Antrag AN 0098/2024 ausführlich und bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Zabel führt aus, dass der Kreisverband als gemeinnütziger Verein agiert und somit unabhängig vom Oberbürgermeister ist. Es besteht also hinsichtlich der Satzung keine Durchgriffsmöglichkeit. Der Oberbürgermeister kann den Kreisverband lediglich bitten, sich der Thematik anzunehmen.

Herr Dr. Zabel berichtet weiter, dass die Verwaltung nach seiner Kenntnis zur Thematik bereits Kontakt zum Kreisverband aufgenommen hat.

Demnach sehe der Kreisverband der Gartenfreunde Stralsund keinen Änderungsbedarf zur bestehenden Satzung, da diese sich auf die demokratische Grundordnung und die politische und ethnische Neutralität beruft.

Herr Kobsch bestätigt die Aussage. Der Vorstand des Kreisverbandes habe die Thematik diskutiert und sei zu der Auffassung gelangt, dass die bestehende Regelung ausreiche.

Auf Nachfrage von Frau Kümpers erklärt Herr Kobsch, dass es seit dem Gespräch der Verwaltung mit dem Kreisverband personelle Änderungen beim Vorstand des Kreisverbandes gab.

Herr Suhr stellt fest, dass die bestehende Regelung scheinbar keine Durchschlagskraft hat, so dass Rechtsextreme von Ämtern ausgeschlossen würden.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Carstensen wiederholt Herr Kobsch, dass die Gespräche zur Thematik mit dem alten Vorstand des Kreisverbandes geführt wurden.

Herr Dr. Zabel teilt mit, dass aus Sicht der Fraktion CDU/FDP der Oberbürgermeister lediglich aufgefordert werden könnte, erneute Gespräche mit dem Kreisverband zur Thematik zu führen. Andere Forderungen seien nicht durchsetzbar.

Für die Fraktion AfD stellt Herr Seifert klar, dass es sich bei der Zielstellung des Antrages um einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Vereinsautonomie handelt. Nach seiner Kenntnis gibt es in dem betreffenden Kleingartenverein interne Streitigkeiten ohne politischen Hintergrund. Die Bürgerschaft sei in der Angelegenheit nicht der richtige Ansprechpartner. Die Fraktion AfD wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Hofmann weist Herrn Suhr darauf hin, dass dieser bei der Argumentation bei der allgemeinen Formulierung „Extremismus“ bleiben sollte, da es diesen aus unterschiedlichen Richtungen gibt. Er erkundigt sich, ob der Kreisverband eigeninitiativ gegenüber der Verwaltung Änderungsbedarf angezeigt habe.

Herr Kobsch teilt mit, dass es dahingehend keine Kontaktaufnahme gab.

Herr Paul stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und lässt über den Antrag AN 0098/2024 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Kreisverband der Kleingartenvereine aufzufordern, die anliegende Extremismus-Klausel in die Satzung mit aufzunehmen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 27.09.2024